

# Sozialdemokratie 2088 : ein Nachtrag zur Diskussion : die politische Macht im Programm der SPS

Autor(en): **Heeb, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340712>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

als unversöhnlichen und unausweichlichen Kampf zwischen Gut und Böse erscheinen lassen. Zur gemeinsamen Sicherheit gehört der Verzicht auf Versuche, sich unmittelbar in die praktische Po-

litik in anderen Staaten einzumischen, aber auch der friedliche Wettbewerb der Systeme, ein Wettbewerb, der sich im Rahmen gemeinsam erarbeiteter Regeln hält und eine Kultur des politi-

schen Streits und schliesslich des kontroversen Dialogs einschliesst.

Dies entspricht der Politik einer Friedenssicherung, zu der sich SPD und SED bekannt haben.

*Sozialdemokratie 2088: Ein Nachtrag zur Diskussion*

# Die politische Macht im Programm der SPS

Von Fritz Heeb

## I.

Das Parteiprogramm von 1982 proklamiert als Ziel der Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus, eine menschengerechte Gesellschaft. Sie vertritt, wie es in der Präambel heisst, die Interessen der Arbeitnehmer im weitesten Sinne. In Ziffer 5 wird gesagt, der demokratische Sozialismus solle mit demokratischen Methoden erreicht werden. Um die sozialdemokratischen Forderungen durchzusetzen und das Ziel einer menschengerechten Gesellschaft zu erreichen, ringt die SP, so formuliert es das Parteiprogramm, um die Beteiligung und um Mehrheiten im Staat, und zwar sowohl in Parlamenten wie auch in Exekutiven, und um Einfluss in Verwaltungen. Sie bedient sich der Volksrechte, um ihre Anliegen durchzusetzen.

Die SPS hatte schon in ihrem Programm von 1904 erklärt, sie «kämpfe unablässig für die Erweiterung ihrer politischen Macht», sie verlange steigenden Anteil an der Gesetzgebung und an allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, «um sie demokratisch auszugestalten und der fortschreitenden Sozialisierung dienstbar zu machen».

Das Programm von 1920 stand im Zeichen der Erfahrungen in den Streikkämpfen des Jahrzehnts vor dem Ersten Weltkrieg, des Generalstreiks von 1918 und

vor allem der Russischen Revolution. Es sah den Klassenkampf des Proletariats mit den Mitteln der Massenaktion, der Demonstrationen und politischen Streiks, die Wahl und Abstimmungskämpfe, die Benützung des Initiativrechts und des Referendums im Dienst der revolutionären sozialistischen Propaganda und Aktion. Es proklamierte den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus als historische Notwendigkeit, und es erklärte als das nächste Ziel der Arbeiterklasse die Eroberung der politischen Macht. Diese politische Macht der Arbeiterklasse werde, so das Programm von 1920, in der Form der proletarischen Diktatur ausgeübt. Mit dem Parteiprogramm von 1935 werden Lehre und Parole von der Diktatur des Proletariats – unter dem Eindruck der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland und angesichts der Entwicklung in Sowjetrussland – fallengelassen. Es stellte der Partei die Aufgabe, «die neue sozialistische Volksmehrheit» zu erringen mit der Erklärung, um den Sozialismus zu verwirklichen, müsse «die Sozialdemokratie für ihre Idee und Überzeugung die Mehrheit des Volks gewinnen. Die Eroberung der politischen Macht durch die werktätigen Massen schaffe erst die Voraussetzung für die plan-

mässige wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung der Gesellschaft, für die Verhinderung einer neuen, auf Ausbeutung der Menschen beruhenden Klassenscheidung und für die Ersetzung des alten Staats durch eine auf den gemeinsamen Interessen aller aufgebauten klassenlosen Gesellschaft.»

Im Programm von 1959 erklärt die SPS, sie stehe auf dem Boden der Demokratie und verurteile jede Diktatur. Wahre Demokratie beruhe auf der Gleichberechtigung der Menschen und der Sicherung ihres Mitspracherechts in Staat und Wirtschaft.

## II.

Die Programme von 1904 und 1920 betrachteten die Arbeiterklasse, das Proletariat, als Antipode der Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft, getreu der Lehre des Kommunistischen Manifests, als die revolutionäre Kraft, welche mit historischer Notwendigkeit die Herrschaft des Kapitals stürzen und die sozialistische Gesellschaft errichten werde. Der Kapitalismus proletarisiert nach dieser Lehre fortschreitend die Volksmassen und erzeugt so notwendigerweise seinen eigenen Totengräber. Die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern hat das Dogma widerlegt. Die Arbeiterklasse in den Industrieländern verelendete nicht, sondern er-

reichte – vor allem gestützt auf ihre Organisationen und ihre Macht in Staat und Gesellschaft – Wohlstand und gesellschaftliche Stellung, so dass Theoretiker wie Gorz vom «Abschied vom Proletariat» oder wie Mallet von einer «neuen Arbeiterklasse» sprechen können. Die Erkenntnis, dass sich auch in unserem Lande die Arbeiterklasse nicht zunehmend proletarisierte und dass Schichten von Arbeitnehmern entstanden, die sich nicht als «Proleten» fühlten, haben Sozialdemokraten bald schon zur Erkenntnis geführt, dass Veränderungen der Gesellschaft je länger, je weniger nur mit Hilfe eines «Proletariats» erkämpft werden, die «nichts, als ihre Ketten zu verlieren» hätten. Insbesondere die dreissiger Jahre, da der Faschismus in Deutschland unaufhaltsam an politischer Macht gewann, indem er vor allem das damals sogenannte «Kleinbürgertum», den «Mittelstand», zu mobilisieren vermochte, erschütterten den Glauben in der Sozialdemokratie, das Proletariat sei die Klasse, die notwendigerweise die Macht übernehme. So wurde zum Beispiel im «Volksrecht» vom April 1934 durch den nachmaligen Bundesrat Willy Spühler festgestellt, die letzten zwei Jahrzehnte hätten mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Auffassung von der ständig zunehmenden zahlenmässigen Bedeutung der Arbeiterschaft unrichtig sei. «Die Zahl der Angestellten ist im verfloßenen Vierteljahrhundert überall viel rascher angestiegen als die der Arbeiterschaft.» Das Gewicht der Arbeiterschaft habe im Wirtschaftsprozess abgenommen. Die verlangte Umgestaltung der Wirtschaft sei nur denkbar mit Unterstützung der anderen arbeitenden Schichten, die mit der Arbeiterschaft zusammen die grosse Mehrheit des arbeitenden Volkes bilden. Er schloss mit dem Satz: «Im entschlossenen Angriff, im aktiven Willen zur Macht liegt die Aussicht auf Er-

folg.» Im Oktober 1935 hatte Robert Grimm in der «Roten Revue» festgestellt, die Sozialdemokratie wandle sich zur Volkspartei, in der die Interessen aller aufbauwilligen Kreise des Schweizer Volkes zusammengefasst werden. Am 3. Oktober 1935 beschloss die Delegiertenversammlung der SP der Stadt Zürich eine Resolution, in welcher u.a. folgendes zu lesen stand: «Die DV richtet an alle Mitglieder den dringenden Appell, sich aufgrund des neuen Parteiprogramms (von 1935) und des Plans der Arbeit kräftig für die Gewinnung der Angestellten und der Mittelschichten einzusetzen.»

All das ergab sich aus der Erkenntnis, dass entgegen der Marxschen Prognose das Proletariat weder materiell verelende, noch mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes zur überwältigenden Mehrheit in der Gesellschaft werde. Das ist in der Gegenwart noch viel augenfälliger. So verliert die Schicht der Arbeitskräfte im Sektor Industrie, Handwerk und Bau seit Jahren unaufhaltsam an Gewicht, während die Arbeitnehmer im Dienstleistungssektor, also die Angestellten – der «neue Mittelstand» –, an Zahl rasch zunehmen. Der Anteil der Arbeitnehmer im 2. Sektor belief sich im Jahre 1970 in der Schweiz auf 48 Prozent, jener im Dienstleistungssektor auf 44 Prozent. Im Jahr 1980 hatte sich der Anteil der Arbeitnehmer im 2. Sektor auf 37,8 Prozent reduziert, während sich jener im 3. Sektor auf 53,4 Prozent erhöhte. Im Jahre 1988 zählt der Dienstleistungssektor über 60 Prozent der Arbeitnehmer. Es sind also die Angestellten, die in der Klasse der Arbeitnehmer dominieren, wobei ja auch eine grosse Zahl von Lohnabhängigen in der Industrie sich als Angestellte zählen.

### III.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen haben ihre Auswirkungen

auf die Wählerschaft der Sozialdemokratie und damit auf deren Einfluss. In der Probenummer des «Volksrechts» vom 26. März 1898 wurde über eine Märzfeier

## Zynischer Wettbewerb

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) findet in seinem Pressedienst, die Parteien hätten sich «bis zu einem gewissen Grad dem Wettbewerb zu stellen», staatliche Unterstützungsmassnahmen für die Parteien, wie sie ein Bericht des Bundesrates aufliest, wollen die SGV-Gewaltigen jedenfalls nicht. Diese verbandsoffizielle Gewerblhaltung ist nicht nur arrogant, sie ist geradezu zynisch: Wer das Geld hat, sozusagen jeden Abstimmungskampf zusammen mit anderen Wirtschaftsverbänden mit Millionenbudgets gegen noch so kleine Fortschritte im Land zu organisieren und meistens auch für sich zu entscheiden, will selbstverständlich nicht, dass die Parteien mit etwas mehr staatlicher (will heissen: wirtschaftsunabhängiger) Hilfe auch mehr politischen Einfluss erhalten, will seine politisch-propagandistische Machtposition nicht preisgeben. Aber gerade darum ginge es: Die Spiesse bei den politischen Auseinandersetzungen müssen endlich gleich lang werden! Es muss klar ersichtlich sein, woher das Geld für die Kampagnen fliesst. Die Demokratie braucht unabhängige Parteien! Eine massvolle Parteienunterstützung wäre ein Schritt hin zu mehr Demokratie in der Schweiz. Wer das nicht will, ist an weiterhin mausarmen Parteien interessiert. *SPI*

in Zürich berichtet, an welcher Otto Lang, der Verfasser des Parteiprogramms von 1904, als nächstes grosses Hauptziel der organisierten Arbeiterschaft der Stadt Zürich die Eroberung der politischen Macht bezeichnet hatte. Karl Bürkli schrieb im «Volksrecht» vom 15. Juli 1898: «Wir werden in der Stadt Zürich bald in den Fall kommen, die Marxsche Lehre der politischen Macht zur Lösung sozialer Fragen anzuwenden.»

Im Jahre 1913 nahm die SP in der Legislative der Stadt Zürich 42 Prozent der Sitze ein und ordnete 4 von insgesamt 9 Vertretern in die Exekutive ab. Im Jahre 1919 besetzte sie von insgesamt 125 Sitzen in der Legislative deren 60. 1928 wurde bei einer Wahlbeteiligung von 89 Prozent die rote Mehrheit in der Exekutive und in der Legislative errungen. Zurzeit zählt die SP-Fraktion im Zürcher Gemeinderat 42 Sitze, in der Exekutive noch einen, abgesehen von zwei Gewerkschaftsvertretern. In den Wahlen zum eidgenössischen Parlament sinkt der Anteil der SP seit 1955 kontinuierlich. Im Jahre 1947, der ersten Wahl nach dem Krieg, ergab sich für die Partei ein Wähleranteil von 26,2 Prozent, der höchste im Vergleich mit den Anteilen der einzelnen bürgerlichen Fraktionen. Im Jahre 1955 betrug er 27 Prozent. Er sank von Wahl zu Wahl auf 17,4 Prozent in der letzten Wahl von 1987.

Diese Ziffern verheissen wahrlich wenig im Hinblick auf das programmatische Ziel der Sozialdemokratie, eine Volksmehrheit zu erringen. Angesichts dieser Lage ist eine Überprüfung sozialdemokratischer Politik, der Strategie und der Taktik dringendst geboten.

#### IV.

Einen wertvollen und bis heute einzigen ernsthaften Beitrag dazu hatte im Juni 1986 eine Gruppe von Genossen unter dem Titel «Perspektiven der Sozialdemokratie» geliefert. Die Arbeit ist

neu in der Publikation «Sozialdemokratie 2088» zum 100. Geburtstag der SPS von Hans Werder, Ruedi Meier und Peter Müller herausgegeben worden («Rote Revue» Nr. 10/1988). Den «Perspektiven» sind Meinungsäusserungen anderer Parteigenossen hinzugefügt. Die «Perspektivler» stellen fest, die SP sei daran, sich von einer traditionellen Arbeiterpartei zu einer von verschiedenen sozialen Schichten getragenen Reformpartei zu entwickeln.

Die Ursachen für die gegenwärtige Stagnation liegen nach den Autoren einerseits darin, dass viele sozialpolitische Anliegen der SP in den letzten Jahrzehnten mindestens teilweise erfüllt worden sind. Die traditionellen Wähler der SP – die Arbeiter – verlieren zahlenmässig an Bedeutung, darauf wurde hingewiesen. Die Forderung, die Sozialdemokratie habe vor allem jene immer breiter werdende Schicht der privaten und öffentlichen Angestellten bis hin zu den wissenschaftlich-technischen Kaderberufen anzusprechen, ergibt sich aus der dargestellten Entwicklung zweifellos. In Übereinstimmung mit dem Programm der SPS von 1982 wird die alte Vorstellung, die sozialistische Gesellschaft sei auf die Verstaatlichung (oder Sozialisierung) des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu gründen, abgelehnt. Die Erfahrungen nach der russischen Oktoberrevolution haben dieses Dogma und die entsprechende Praxis als verhängnisvoll erwiesen. Die Problematik des Eigentums stellt sich differenziert, je nach seiner gesellschaftlichen Funktion. Der Markt, der bezeichnender Weise zurzeit in den «realsozialistischen» Ländern auferstehen soll, hat neben staatlichen Regelungen seinen wichtigen Platz. Von ausschlaggebender Bedeutung ist die Demokratisierung der Wirtschaft, des Mitbestimmungsrechts in Betrieb und Unternehmung. Ein Problem von ausserordentlicher Bedeutung, das noch kaum einge-

hend behandelt wird, sind Haltung und Aktion gegenüber dem unerhörten Konzentrationsprozess in der Wirtschaft und der ungebremsten Entwicklung der multinationalen Grossunternehmungen, einer Entwicklung, die Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene äusserst einschränkt. Dazu stellen sich die Aufgaben zur Meisterung der ständig bedrohlicher werdenden Gefährdung der Umwelt, der natürlichen Grundlagen allen Lebens auf diesem Planeten. Es ist wohl selbstverständlich, dass sich die Sozialdemokratie an die vorderste Front des Kampfs um die Erhaltung der Umwelt stellt. Die Forderung, jede technische Entwicklung einzustellen, statt Wissenschaft und Technik zum Schutz der Umwelt einzusetzen, ist allerdings nicht zu vertreten.

#### V.

Im zitierten Buch «Sozialdemokratie 2088» werden die «Perspektiven» durch einige Genossen kommentiert. Darunter finden sich vier Äusserungen, die sich auf recht kläglichem Niveau bewegen. Sie in einem Buche lesen zu müssen, das aus Anlass des Jahrhundertjubiläums der SPS publiziert wurde, ist peinlich.

Die Thesen der «Perspektiven» werden in der Art hämischer Stammtisch-Witzeleien «verrisen». Die jahrhundertalte Erkenntnis, von der sich auch die «Perspektiven» leiten lassen, dass nämlich die Sozialdemokratie Macht braucht, um ihre Ziele zu erreichen, wird als «Allmachtstraum einiger beamteter SP-Genossen, die ein bisschen Macht geschmeckt haben, aber frustriert sind, dass sie nicht noch mehr Macht haben», befrozzelt. Die Verfasser der Perspektiven tragen sich den dümmlichen Titel «Teflonsozialisten» ein, und leichtfertig werden sie als «Technokraten» disqualifiziert. Diese Kritiker stört der Begriff der neuen Mittelschichten sehr, einer

von ihnen schreibt: «Man möge uns von der Politik der Mitte verschonen.» Die anarchisierende Stammtischrunde will sich den «Auszug aus dem Stadion», das heisst wohl, der Politik, überlegen und «neue Lebens- und Freizeiträume, unabhängig von Konsum und motorisierter Mobilität» erwerben... Ein anderer will von der Politik der Mitte verschont werden, da die Sozialdemokratie sonst im Sumpf der opportunistisch-technokratischen Mitte endgültig untergehe. Was diese Kritiker denn eigentlich wollen, vermögen sie nicht zu artikulieren, ausser eben den Auszug aus dem Stadion oder ein tiefsinniges Programm, das da lautet: «Op-

position für eine menschengerechte nachindustrielle Zeit.» Es würde sich nicht rechtfertigen, derartige Weisheiten hier zu reproduzieren, wenn ihre Autoren nicht der Vizepräsident der SPS, der leitende Zentralsekretär der SPS und der Sekretär der SP des Kantons Bern wären!

Es wäre zu hoffen, dass ihnen nach dem Jubiläumsparteitag in Zürich die Sätze aus der Ansprache von Ursula Koch im Gedächtnis blieben und zur Überlegung anregten, wonach die SP eine gute mehrheitsfähige Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung brauche; dass die SP Macht brauche, um diese Politik auch durchzusetzen. Selbst-

kritisch setzt sie hinzu, die Partei sei manchmal in Gefahr, Randgruppenpolitik zu machen (Auszug aus dem Stadion!). Randgruppenpolitik aber dürfe und könne niemals zum Hauptinhalt unserer Politik werden, «sonst werden wir von der grossen Mehrheit nicht verstanden, deren Interesse wir allem voranstellen müssen». Nur eine Politik für die grosse Mehrheit der Bevölkerung werde schliesslich zum Erfolg führen. Zur grossen Mehrheit der Bevölkerung gehören, so sei angemerkt, zu einem ganz erheblichen Teil die Angestellten, der «neue Mittelstand».

*Literatur: Otto Steigers Werk im eco-Verlag*

## Rebellion im Flüsterton

*Von Dieter Fringeli*

Seine Buchtitel sprechen Bände: «Sie tun, als ob sie lebten» (1943), «Sackgasse» (1978), «Spurlos vorhanden» (1980), «Die Unreifepfung» (1984). Seine Sätze: «Er liebte es, von sich in der dritten Person zu denken.» – «Was mir bisher fehlte, war die Grundlage. Ich bin ein Mensch ohne Grundlage, ohne Ziel.» – «Die anderen haben es gut: Sie müssen nicht daneben stehen, wenn sie reden, und zuhören und den Kopf schütteln über die eigenen Albernheiten.» Und, im jüngsten Buch «Orientierungslauf»: «Ich fühle mich wie ein Kranker, der zu früh aufgestanden ist und sich nach Bettruhe sehnt.»

Autor und Berichterstatter: Otto Steiger, Jahrgang 1909, Berner, dem Zürich vor Jahrzehnten zur Heimat wurde und der seit seinem unzeitigen Bucherfolg in der Sowjetunion – der Roman «Porträt eines angesehenen Mannes» brachte es in den frühen fünfziger

Jahren zu wahren Bestseller-Ehren – noch immer auf die sanfte Zurückhaltung von Kritik und Leserschaft zu stossen scheint. «Vielleicht war es etwas naiv von mir, den Russen zu jenem Zeitpunkt das Buch zu überlassen», kommentiert Steiger den Vorgang, der zum Ärgernis wurde, «ich habe die Konsequenzen tragen müssen.» Er hat. Der Moskowiter, der keiner war und der nach eigener Angabe nie Mitglied einer Partei wurde, entwickelte sich zum schier «spurlos vorhandenen» Schreiber, zum Geheimtip für wenige.

Und zum erklärten Anwalt der Beladenen, der Unsteten, die «den Träumen nachjagen», der Schwachen. Ihnen, den Unruhigen, die sich ein Leben ohne Leben nicht vorstellen wollen, gelten Sympathie und Liebe. Den Aussteigern, denen das Fernweh so übel mitspielt wie die Sehnsucht nach Nähe, den geplagten Spinnern gibt er sein Wort.

Und bewegt sich damit in einer grossen Tradition helvetischen Erzählens: Von Spittlers Viktor («Imago»), Jakob Schaffners Konrad Pilater oder Otto Wirz' Hans Calonder («Gewalten eines Toren»), von den vom «Heimweh nach der gemeinsamen Heimat aller Geschöpfe» umgetriebenen Figuren Albin Zollingers, Felix Moeschlins oder Max Pulvers bis zu Max Frischs Anatol Stiller, Paul Nizons Iwan Stolz, Otto F. Walters Loth («Der Stumme») und Beat Brechbühls Kneuss reicht die Galerie der schicksalhaft «Unausgerichteten», in deren Nähe und Gesellschaft sich die Steigerschen Quertreiber und Chaoten wohlfühlen müssten – Benni Stab («Spurlos vorhanden»), Erwin Walker («Die Unreifepfung»), Egon Kammzug («Orientierungslauf») heissen sie; gemeinsames Problem: das Leben.

Das Leben mit allem, was dazu gehört: seinen Zwängen und Irri-